

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

„Jeder Ministerpräsident hat den Auftrag des Landtags, das Nachtflugverbot und den Lärmschutz durchzusetzen“

Nachdem der Landtag Brandenburg im Jahr 2011 noch die Volksinitiative zur Durchsetzung eines Nachtflugverbotes mit den Stimmen von Rot-Rot einstimmig abgelehnt hat, hat der Landtag Brandenburg, nachdem das Volksbegehren mit 106.000 Unterschriften erfolgreich war, am 13. Februar 2013 das Volksbegehren zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes von 22 bis 6 Uhr angenommen.

Bereits damals gab es die Vermutung bei den Bürgerinitiativen, bei den Bürgern und auch bei zahlreichen Landtagsabgeordneten, dass die Zustimmung der SPD-Fraktion und der Links-Partei taktischer Natur sei und dass man in Wirklichkeit nie vorhatte, das Volksbegehren umzusetzen.

Weil das Volksbegehren ein politischer Machtfaktor war, hat man im Jahr 2013 und auch im Jahr 2014 von Seiten der Landesregierung Aktivitäten entfaltet, um den Schein zu erwecken, dass man das Volksbegehren umsetzen wolle. Für alle Beteiligten war aber schnell ganz offensichtlich, dass der ernsthafte Wille fehlte, denn die letzte Konsequenz, nämlich den Landesplanungsstaatsvertrag mit Berlin zu kündigen, wurde nicht gezogen.

Am 29. Juli 2013 hat der Ministerpräsident im Potsdamer Landtag öffentlich erklärt, „Jeder Ministerpräsident hat den Auftrag des Landtages, das Nachtflugverbot und den Lärmschutz durchzusetzen“.

Vor der Landtagswahl beteuerten die Parteien SPD und Links-Partei und vor allem ihre Kandidaten zur Landtagswahl rund um den BER gebetsmühlenartig, dass sie sich für das Nachtflugverbot einsetzen würden. Nachdem nun die Landtagswahl vergangen ist, ist davon keine Rede mehr.

Es sind keine Bemühungen der Landesregierung zur Durchsetzung eines landesweiten Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr bekannt. Aus diesem Grunde wird das von den Freien Wählern als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger und der Bürgerinitiativen immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Wir fordern die gemachten Versprechen ein, wir fordern, dass das, was versprochen wurde, umgesetzt wird, wir fordern, dass das, was der damalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Minister Platzeck, am 29. Juli 2013 im Potsdamer Landtag gesagt hat, dass jeder Ministerpräsident, d.h. auch seine Nachfolger, den Auftrag haben, dieses Nachtflugverbot durchzusetzen, endlich mit Leben erfüllt wird.

Aus diesem Grunde bringen wir erneut den Antrag an den Landtag Brandenburg ein, dass der Landtag beschließen möge, die Landesregierung aufzufordern, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr durchzusetzen und dazu auch alle Mittel und Möglichkeiten auszunutzen und sich nicht hinter Berlin und dem Bund als Mitgesellschafter zu verstecken.

Der Landtag Brandenburg möge beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg fordert den Ministerpräsidenten und die Landesregierung auf, endlich die gemachten Versprechungen und Zusagen im Hinblick auf den Beschluss des Landtages zur Annahme des Volksbegehrens „Durchsetzung eines Nachtflugverbotes von 22-6 Uhr“ vom 27.2.2013 umzusetzen.
2. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, in einem Bericht niederzulegen, welche Schritte und Ergebnisse seit der Annahme des Landtagsbeschlusses vom 27.02.2013 erreicht wurden und welche neuen Schritte und Ergebnisse in der 6. Wahlperiode nach dem 14.09.2014 eingeleitet und erreicht wurden.

Begründung:

Nachdem nunmehr die Südbahn des BER vom Mai 2015 bis Oktober 2015 in Betrieb war, haben viele Bürgerinnen und Bürger, die bisher meinten, der Flugverkehr des BER würde sie entweder nicht betreffen oder würde schon nicht so schlimm sein, am eigenen Leibe zu spüren bekommen, was es bedeutet, wenn man früh um 5 Uhr/5:30 Uhr durch Fluglärm aus dem Bett gerissen wird und was es bedeutet, wenn man abends nicht in Ruhe schlafen oder einschlafen kann, oder die Kinder nicht einschlafen können, weil die Flugzeuge bis 23 Uhr und länger über die Häuser hinwegdonnern.

In diesem Zusammenhang sei auch noch erwähnt, dass auch der Schallschutz entgegen den gemachten Versprechen nicht um- und durchgesetzt werden soll, aber das kann man dahingestellt sein lassen.

Die Bürgerinnen und Bürger in den originär vom Fluglärm betroffenen Gemeinden haben nunmehr gemerkt, was es bedeutet, aber auch die Bürger in den Randgemeinden, die noch nicht einmal im Tag- und Nachtschutzbereich liegen, insbesondere in Rangsdorf, aber auch in Königs Wusterhausen, Ludwigfelde, Großbeeren und in anderen Orten, haben mitbekommen, was bei der Eröffnung des BER auf sie zukommen wird und sind nicht bereit, das einfach zu akzeptieren und runterzuschlucken, denn der Betrieb des BER geht eben nicht nur montags bis freitags, sondern auch samstags, sonntags und an Feiertagen.

Das bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger zu keinem Zeitpunkt mehr in Ruhe schlafen und ausschlafen können, sondern dass sie stets und ständig vom Fluglärm betroffen sein werden, und dass sie das letztendlich in ihrer Gesundheit trifft und in ihrer Gesundheit zerrüttet.

Deshalb ist die Durchsetzung eines Nachtflugverbotes von 22 bis 6 Uhr ein Minimum für den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung. Die entsprechenden wissenschaftlichen Untersuchungen liegen längst vor. In der Medizin ist diese Frage klar entschieden: „Nachtflug macht krank!“ Aus diesem Grunde muss der Landtag Brandenburg handeln und niemand kann sich herausreden, dass es nicht ginge.

Wenn gesagt wird, dass ein landesplanerisches Nachtflugverbot nicht durchsetzbar sei, meint letztendlich nur, dass man es politisch nicht durchsetzen wolle, weil es Unannehmlichkeiten machen könnte oder zu Ärger führt.

Die Politik des Landes Brandenburg, zuvorderst durch die SPD vertreten, hat diesen Flughafen in Schönefeld an einem völlig ungeeigneten Standort eingerichtet. Die Politik muss nunmehr auch die Suppe auslöffeln, die sie sich eingebrockt hat und dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger halbwegs anständig mit dem Flughafen leben können, ohne in den Grundfesten ihrer Gesundheit erschüttert zu werden.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe